Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 19.—, viertel jährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 15.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Str.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75; von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagengebühr für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille. Postanstalt Postscheckkto Leipzig 14505, Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7505. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.; Leipzig.

Nr. 85 Donnerstag, den 17. Februar **1921**

Amerikanischer Kredit für Europa

Gründung eines Bankenkonsortiums.

Paris, 17. Februar. Wie der „Matin" aus Chicago meldet, hat sich in den Vereinigten Staaten eine Handelsgesellschaft, der 300 Großbanken und Geschäftsleute angehören, gebildet, um den Welthandel neu zu befestigen. Die Gesellschaft nennt sich „Foreign trade financing corporation". Sie verfügt über 150 Millionen Dollar Kapital. Ihr Vorsitzender ist der Direktor der Staatsbank, W. P. G. Harding. An ihr sind die bedeutendsten Unternehmungen der Ver. Staaten beteiligt, u. a. auch Hoover, der durch die Nahrungsmittelverteilung in Europa bekanntgeworden ist. Er erklärte, daß den europäischen Ländern langfristige Kredite, gegeben werden sollen, damit sie in Amerika die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe kaufen können.

Keine englischen Vorschläge vor dem Amtsantritt Hardings

London, 17. Februar. „Pall Mall" und „Globe" erfahren von maßgebender Seite, das britische Kabinett habe als Ergebnis des Besuches von Sir Auckland Geddes beschlossen, daß kein Vorschlag von England über die Abrüstung sowohl als auch über andere, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika berührende Fragen vorgebracht werden soll, bis die neue amerikanische Regierung ihr Amt angetreten hat und die Haltung Hardings' klar festgelegt ist. Was die Abrüstungsfrage anbetreffe, sei Geddes die Ansicht des britischen Kabinetts darüber mitgeteilt worden, so daß, wenn von der amerikanischen Regierung konkrete Vorschläge gemacht werden, der Botschafter in der Lage sein werde, die Ansichten Großbritanniens vorzubringen.

Das deutsch-tschechische Wirtschaftsabkommen

Oppeln, 17. Februar. Ueber die gegenwärtig in Berlin zum Abschluß gebrachten deutsch-tschechischen Verhandlungen über den Handelsvertrag erfahren wir von besonderer tschechischer Seite: Auf dem Gebiete der Holzlieferungen ist eine Vereinbarung getroffen worden über die Regelung der Ausfuhrgebühren, die nach Ansicht der deutschen Regierung den Bezug von Hölzern aus der Tschecho-Slowakei unmöglich machten. Eine gemeinsame Beratung der Interessenten soll abgehalten werden, um von tschechischer Seite eine Herabsetzung der Ausfuhrgebühren zu erlangen. Bei der Einfuhr von Bier nach Deutschland bildete bisher die Bestimmung ein hinderndes Moment, daß gleichzeitig mit dem Zoll eine Konsumabgabe vom Bier erhoben wurde, zu der noch der Agio-Zuschlag hinzukam. Es wurde von deutscher Seite eine Neuregelung dieser Frage zugesagt. Die Verträge über den Kohlenaustausch sehen eine Erhöhung der Mengen von oberschlesischer Feinkohle um fünftausend Tonnen monatlich vor, obwohl vorläufig in den Aequivalentmengen der Lieferung von Braunkohlen keine Aenderung eintritt. Diese Frage wird bei der Verlängerung des Vertrages über den Kohlenaustausch gelöst werden.

Die isolierte Tschecho-Slowakei

Paris, 17. Febr. Zur Reise des tschecho-slowakischen Ministers des Aeußern Dr. Benesch nach Frankreich sagt Pertinax im „Echo de Paris": Benesch, der gewünscht habe, daß die tschecho-südslawische Organisation eine Umgestaltung und Erweiterung erfahre, die den besonderen Bedürfnissen Polens und Rumäniens entspreche, habe damit kein Glück gehabt. Die Bitterkeit, die man in Warschau über die Regelung der Teschener Frage und über die von der Tschecho-Slowakei zur Zeit der bolschewistischen Gefahr geübte Neutralität empfunden habe, habe Polen zu dem Sonderabkommen mit Rumänien geführt. Man habe somit ein rumänisch-polnisches Bündnis gegen Moskau und ein solches zwischen der Tschecho-Slowakei und Südslawien gegen ein etwaiges Wiedererstehen der Doppelmonarchie.

Einem Vertreter des „Journal" gegenüber erklärte Dr. Benesch, er sei nach Rom und Paris gekommen, um sich mit den Alliierten über die Möglichkeiten zu verständigen, Oesterreich zu Hilfe zu kommen. Dies werde auch der Zweck seiner Reise nach London sein, wo er außerdem einen englisch-tschechischen Handelsvertrag abzuschließen gedenke.

Die Gefahr eines österreichischen Beamtenstreiks

Wien, 17. Februar. Die Forderung der Staatsbeamten um eine monatliche Erhöhung ihrer Gehälter um 5000 Kronen wurde vom Finanzministerium zurückgewiesen und erklärt, daß nur auf der Grundlage einer monatlichen Erhöhung von 1000 Kronen verhandelt werden könne. Die Beamtenvertreter brachen darauf die Verhandlungen ab. In der gestern abend stattgefundenen Versammlung der Staatsbeamten wurde eine Resolution gefaßt dahingehend, daß eine Verdoppelung der Bezüge und bis zur Regelung monatlich 5000 Kronen gewährt werden sollen. Ein Demonstrationszug bewegte sich nach dem Finanzministerium und überreichte neuerlich diese Forderungen. Es dürften voraussichtlich heute neue Verhandlungen eröffnet werden. Bei Ablehnung dieser Forderungen wollen die Beamten in den Ausstand treten.

Kemal-Pascha und Sowjetrußland

Konstantinopel, 17. Februar. Die offizielle Zeitung von Angora veröffentlicht folgende Erklärung Mustafa Kemal-Paschas: „Unsere Beziehungen zu Moskau fahren fort, sehr freundschaftliche zu sein. Das will jedoch nicht sagen, daß wir die Prinzipien der Kommunisten annehmen, denn die sozialen Bedingungen der Türkei gestatten ihre Durchführung nicht. Die kommunistischen Parteien, die sich bei uns gebildet haben, haben das eingesehen und ihre Tätigkeit eingestellt. Unsere Beziehungen zu Moskau gehen auf die Beibehaltung guter Nachbarschaft aus. Wenn wir an der Londoner Konferenz teilnehmen, so kann keine Rede davon sein, daß dadurch unsere Beziehungen zu Moskau beeinträchtigt werden.

Die polnisch-russischen Verhandlungen

Riga, 17. Februar. Die „Rigasche Rundschau" schreibt über den gegenwärtigen Stand der polnisch-russischen Verhandlungen: Die Verhandlungen schreiten langsam vorwärts, weil es sich in ihrem weiteren Verlauf um Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Natur handelt, in denen die Parteien sich nicht einigen können. Besonders unversöhnlich ist der Standpunkt der beiden Parteien in der Goldfrage. Joffe erklärt sich einverstanden, Polen etwa 25 Millionen Rubel in Gold, sowie auch 7 Prozent der Summe von 300 Millionen erhobener Steuern zuzugestehen. Dombski forderte aber 11 Prozent von 629 Millionen, was nach den Angaben der polnischen Sachverständigen der Betrag der Steuern sein soll. Am Schluß der Diskussion erklärte Joffe sich bereit, bis zur Summe von 30 Millionen zu gehen, wobei er gleichzeitig bemerkte, daß er bereit sei, die Verhandlungen über die Frage der Grenzregulierung aufzunehmen, statt einer weiteren Erörterung der Wirtschafts- und Finanzlage, die er für zwecklos hielt, da Rußland nicht weitere Zugeständnisse machen könne. Dombski antwortete, er könne von den Forderungen auf finanziellem Gebiete nicht ablassen, worauf die Sitzung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Das Verhältnis des Vatikans zu Polen

Genf, 17. Februar. Die antiklerikale Pariser „Ere Nouvelle" veröffentlicht einen aus Rom datierten Brief über das Verhältnis des Vatikans zu Polen, der interessante Aufklärungen bringt über die Bemühungen Frankreichs, den Einfluß des Papstes auf die Geistlichkeit in Oberschlesien im Sinne einer Einwirkung auf die Volksabstimmung zugunsten Polens anzurufen. Man erfährt daraus, daß Marschall Foch selbst auf einem Umwege beim Vatikan Stimmung zu machen versucht hat und daß der Fürstbischof von Krakau, der vor 14 Tagen vom Präsidenten Millerand empfangen wurde, zu dem nämlichen Zweck in Rom war. Da der Vatikan trotz alledem seine Neutralität aufrechterhalten will, so wird ihm schließlich mit einem Wiederaufleben der antiklerikalen Strömung in Frankreich gedroht.

Zusammenstöße mit Sinnfeinern

London, 17. Februar. Nach einer Reutermeldung aus Cork griff gestern früh eine starke Abteilung Sinnfeiner auf dem Bahnhofe Innishannon in der Grafschaft Cork einen Personenzug an, in dem sich auch 40 Soldaten befanden. Die Soldaten erwiderten das Feuer; drei Soldaten wurden schwer und drei leicht verwundet. Die Angreifer verloren zwei Tote. Sechs Passagiere, darunter eine Frau, wurden getötet und mehrere Personen verletzt, darunter zwei Frauen schwer. Ein Hilfszug mit den Toten und Verwundeten ist am Nachmittag in Cork eingetroffen.

Nach einer Meldung aus Dublin haben die Sinnfeiner gestern abend den zum Tode verurteilten Sinnfeiner Derling, der einen Offizier erschossen hatte, aus dem Gefängnis befreit. Die Befreiung erfolgte in der Weise, daß eine Kompanie Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett unter Führung eines Offiziers die Auslieferung des Gefangenen verlangte, um ihn in ein anderes Gefängnis zu überführen, und zwar auf Grund von regelrecht ausgestellten Papieren. Wie sich später zeigte, handelte es sich um verkleidete Sinnfeiner, die auf diese Weise ihre Genossen befreien.

Sparmaßnahmen bei der Eisenbahn

Personaleinschränkung. — Umstellung des Reparaturwesens.

Berlin, 17. Februar. In den letzten Sitzungen des Verkehrsbeirats im Reichsverkehrsministerium ist auch die Frage angeschnitten worden, wie man beträchtliche Ersparnisse im Betriebe der Reichseisenbahn machen könne. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat man dabei zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt, nämlich einmal eine Personaleinschränkung und dann die Umstellung des Reparaturwesens.

Bei der Personaleinschränkung wird man nur eine geringe Herabsetzung der Zahl der Beamten vornehmen können, da der technische Betrieb in den Personen- und Güterbahnhöfen stets ein Mindestmaß von Kräften erfordert, das ohne Gefahr für die Sicherheit auf den Staatsbahnen nicht weiter eingeschränkt werden kann. Dagegen wird sich wahrscheinlich eine Einschränkung von rund 70 bis 80 Prozent Hilfsbeamten, die früher als Anwärter zu den Arbeitern zählten, vornehmen lassen.

Schwieriger ist die Frage der Umstellung des Reparaturwesens zu lösen. Statistisch läßt sich feststellen, daß die Privatindustrie bei Ausbesserungen Preise verlangt, die zum Teil die eigenen Kosten der Reparaturen der Reichswerkstätten bis zu 45 Prozent übersteigen. Der vor einiger Zeit aufgetauchte Vorschlag, den Reparaturbetrieb ganz in private Hände überzuführen, dürfte so beim Reichsfinanzministerium keineswegs auf Gegenliebe stoßen. Man ist hier vielmehr der Ansicht, daß die Reparaturwerkstätten stärker ausgebaut werden müssen, und ein Vorschlag, der beim Reichsverkehrsministerium vorgelegen hat, beabsichtigt sogar, eigene staatliche Lokomotivfabriken zu gründen, um auf diese Weise die gegenwärtigen hohen Gewinne der Privatindustrie auszuschalten.

Kündigung des Ueberschichten-Abkommens

Essen, 17. Februar. In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde heute beschlossen, das Ueberschichtenabkommen für den Bergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Ueberschichten mehr verfahren werden vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Sachsen und die Ernährungsminister-Konferenz

Dresden, 17. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der nächsten Woche findet in München die neue Konferenz der Ernährungsminister statt. Von Sachsen werden daran Ministerialdirektor Dr. Hübel, Geheimrat Dr. Fritzsche und der Leiter der Landesgetreidestelle, Oberregierungsrat Rentsch, teilnehmen. Das sächsische Wirtschaftsministerium ist der Auffassung, daß nach dem Ergebnis der letzten Jahre und bei den Verhältnissen in Sachsen die Zwangswirtschaft für Brotgetreide beibehalten werden müsse. Eine Aenderung dieser Auffassung wird nur dann möglich sein, wenn nachgewiesen werden kann, daß in den anderen Teilen des Reiches die bisherigen Zustände nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Die sächsischen Vertreter werden verlangen, daß dann der nach der Ablieferung des Brotgetreides verbleibende Rest nicht dem freien Handel zugeführt wird. Sollte sich dabei eine Erhöhung der Getreidepreise nicht vermeiden lassen, so wird Sachsen verlangen, daß eine Erhöhung der Brotpreise ausgeschlossen ist. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht auch die Kartoffelversorgung. Es wird sich für die sächsischen Delegierten darum handeln, dafür einzutreten, daß außersächsische Kartoffeln in großen Mengen zur Verfügung gestellt werden.

Scheidemanns Erinnerungen

Soeben ist wieder einer jener politischen Rechenschaftsberichte erschienen, deren wir schon eine ganze Reihe haben, und die immer eine Rechtfertigung der Politik ihrer Verfasser sein sollen, wenn diese es auch nicht wahr haben wollen. Der Autor des neuesten Buches der Art, Herr Scheidemann, leugnet im Vorwort ausdrücklich das Bedürfnis, sich zu entschuldigen oder zu verteidigen. Aber er will nur als beauftragter Vertreter seiner Partei gelten, darin liegt schon eine gewisse Verwahrung. Und eben der eigenen Partei gegenüber will er sich vor allem rechtfertigen, indem er seine Politik als die der Fraktion hinstellt. Zugleich will er die Partei selber verteidigen gegenüber den Unabhängigen, weniger gegenüber dem Bürgertum. Der angeblich alleinige Vater des „Scheidemann-Friedens" gilt freilich manchen Leuten immer noch als der böse Geist des deutschen Volkes. (In der letzten Zeit hat ihn allerdings Erzberger in dieser Rolle auf dem Welttheater der naiven Gemüter abgelöst.) Der „Scheidemannfriede" war ein Schlagwort, das seine Gegner von der Rechten geprägt haben. Sie haben den Mann, dessen Namen sie zur Prägung des Schlagwortes benutzten, populär gemacht, als wäre er der bedeutendste Geist der Sozialdemokratie gewesen. Allein in solchen Dingen spielt der Zufall mit.

Der Verfasser dieser Erinnerungen, den man als Redner sehr hoch einschätzen muß, kann auch schreiben, aber inhaltliche Schwächen treten beim Schreiben mehr hervor als beim Reden, weil die temperamentvolle Stimme und Geste fehlen, und sie fallen im Buche mehr auf als in Artikeln. So muß man sich hier die, alles in allem spärlichen, interessanten Brocken aus einem Brei gleichgültiger Dinge herausfischen, die zum großen Teil schon bekannt und vielfach auch unerheblich sind. Da wird zum Beispiel jeder einzelne Besuch in der Reichskanzlei alten Regimes registriert, nicht ohne Freude an dem intimen Verkehr mit den damals Mächtigen des Landes, und es werden ganz unwichtige Gesprächswendungen aufbewahrt. Muß man dem alten Redakteur Scheidemann sagen, daß es ein redaktioneller Fehler ist, ein Tagebuch, wenn auch nur in ausgewählten Stellen, nach Jahren sozusagen mit Haut und Haaren abzudrucken? Diese Tagebücher haben schon zur Zeit ihrer Niederschrift kein Kaliber gehabt. Ich glaube, daß die Erinnerungen Eberts über dieselben Zeiträume anders aussallen würden.

Folgen wir den einigermaßen formlos aneinandergereihten Stücken der Erzählung, und nehmen wir einige von jenen schmackhafteren Brocken heraus, — man kommt über das Episodische und Anekdotische hier nicht hinaus, aber manches davon ist wenigstens von typischer Bedeutung. Das Buch beginnt mit Kriegsanfang. Ueber die berühmte Sitzung vom 4. August erzählt Scheidemann, daß hinterher in der Fraktion Ledebour eine Debatte entfesselte, weil einige Mitglieder während der Kanzlerrede Bravo gerufen haben sollten. „Von Belgien sprach weder Ledebour noch Liebknecht, noch irgendein anderer, obwohl der Kanzler den Einfall in Belgien ausdrücklich festgestellt hatte. Die kleinliche Krakeelsucht einiger Mitglieder war daran schuld, daß die größte und wichtigste Frage vollkommen vergessen wurde und gänzlich unerwähnt blieb." Derartiges wird öfter berichtet, doch nicht bloß aus der sozialdemokratischen Fraktion, sondern auch aus der alten Regierung. — Nach einigen Monaten bereits begannen lebhafte Friedenserörterungen, und Scheidemann reiste schon Ende 1914 durch die deutschen Großstädte mit dem Redeprogramm: „Für einen Frieden der Verständigung." Das war in einer Zeit, als Bassermann das „hochgemute" Wort aussprach: „Wo ein Tropfen deutschen Blutes geflossen ist, da bleiben wir." Dergleichen „Kernworte" erscheinen heute vielen als vollkommener Wahnsinn. (Manchen erschien es schon damals so.) Den Eroberungspolitikern war der Reichskanzler bald ebenso verfemt wie Scheidemann, und köstlich ist die Erzählung, wie ein Geheimrat des Auswärtigen Amtes eine Reichstagsrede für Scheidemann entwarf, in der er die Rechte angreifen sollte. Darin sollten Hiebe vorkommen gegen „die Männer, die in Hotels berieten, wie sie die zivilen und militärischen Spitzen gegeneinander verhetzen könnten", und von denen die ehrenrührigen Ausstreuungen auch über den Kaiser ausgegangen seien. Die Rede ist nicht gehalten worden.

Dann kam die U-Boot-Kampagne! Bethmanns größte Niederlage und sein schlimmstes Versagen. Es erscheint in Scheidemanns Darstellung, ohne daß diese irgendwie gehässig ist, noch übler als sonst. Der Staatssekretär Zimmermann erzählte ihm damals über die Entstehung des unheilvollen Beschlusses, durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg die Feindschaft der ganzen Welt zu riskieren: „In Pleß (Hauptquartier) ist alles Für und Wider eingehend erörtert worden; schließlich hat der Reichskanzler gesagt: „Ich kann Euer Majestät gegenüber eine Verneinung ebensowenig wie eine Bejahung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges übernehmen. Ich füge mich der Entscheidung Eurer Majestät." Aehnlich, aber nicht in dieser zugespitzten Form, hat Bethmann selber später vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt. Seine Haltung war ungefähr das Unverzeihlichste, was überhaupt denkbar war. Der erste politische Beamte des Reiches, der die Qualitäten des Monarchen genau kannte und wissen mußte, daß der Reichskanzler die Politik zu führen hatte, weil der Kaiser sie nicht führen konnte, verzichtete in diesem Augenblick einer schicksalhaften Wendung, von deren unglücklicher Bedeutung er überzeugt war, auf die Vertretung jedes bestimmten Urteils. Er enthielt sich der Stimme, er hatte scheinbar keine Meinung, er drückte sich von der Verantwortung, er flüchtete sich bureaukratisch hinter die Entscheidung seines „Vorgesetzten", der selber wie ein schwankendes Rohr hin und her geworfen wurde. Unseliger Mangel an Selbständigkeit und Entschluß, unheilvolles System, in dem die Verantwortung des Kanzlers nur gegenüber einem einzigen Manne galt, der ihm die Verantwortung abnehmen konnte, selber verantwortungslos, von niemand zur Rechenschaft zu ziehen! Das sind die Vorzüge des monarchischen Systems, wie wir es gehabt haben, des konstitutionellen Mon-